

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 93 (1999)
Heft: 12

Artikel: "Solidarität statt Soldaten" : GSoA 1989-1999 : Von der innen- zur aussenpolitischen Relevanz
Autor: Lang, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144212>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was die offizielle Schweiz betreibt, ist eine *Differenzierung der Neutralität* am falschen Ort. Wo immer ein Krieg nicht als Strafaktion der Völkergemeinschaft legitimiert werden kann, hat Neutralität weiterhin eine wichtige Aufgabe. Politisch eignet sie sich für die *Guten Dienste* der Vermittlung. Rechtlich verpflichtet die Neutralität den Staat, nie Partei für eine Seite zu ergreifen, die das Gewaltverbot verletzt. So wenig es eine Neutralität gegenüber der Völkergemeinschaft geben darf, wenn deren Organe Sanktionen aussprechen, so sehr ist Neutralität gegenüber kriegführenden Staaten geboten, wenn die Völkergemeinschaft ausserstande ist, völkerrechtswidrige militärische Gewalt zu ahnden.

Im Fall des Nato-Krieges in Kosovo hätte die Schweiz ihre *uneingeschränkte Neutralität* erklären müssen. Das wäre zwar eine – berechnete! – Relativierung der «ethisch-moralischen» Legitimation die-

ses Krieges gewesen, nicht aber eine Relativierung des Völkerrechts, wie sie der Bundesrat mit seinen aussenpolitischen Pirouetten betrieben hat. Neutralität ist in einer solchen Situation *Kritik der Gewalt*. Diese Kritik hätte sogar noch viel weiter gehen dürfen als bis zum Überflugverbot für die Nato. Nachdem der Bundesrat, gestützt auf eine UNO-Resolution, schon längst ein Waffenembargo gegen Jugoslawien verhängt hatte, wäre er neutralitätsrechtlich verpflichtet gewesen, auch die Kriegsmaterialexporte in die kriegführenden Nato-Staaten zu unterbinden.

1 Vgl. Hegel, Philosophie des Rechts, Werke VII, §§330ff.

2 Rechtsphilosophie, Stuttgart 1956, S. 302f.

3 Utz/Groner, Soziale Summe Pius XII., Freiburg 1954ff., N 6326, 54, 4198f.

4 Einführung in die Rechtswissenschaft, Stuttgart 1961, S. 227.

Josef Lang

«Solidarität statt Soldaten»

GSoA 1989–1999: Von der innen- zur aussenpolitischen Relevanz

An der GSoA-Vollversammlung vom 21. November 1999 hat Josef Lang den folgenden Text als Einleitungsreferat vorgetragen. Unser Freund spannte den Bogen vom 26. November 1989, dem Datum der Abstimmung über die erste Armeeabschaffungs-Initiative, zur Aktualität. Ging es 1989 um einen (Tabu-)Bruch mit der Militarisierung der Innenpolitik, so steht heute die Militarisierung der Aussenpolitik, ja deren Unterwerfung unter die Nato-Strategie zur Diskussion. Josef Lang ist der Überzeugung, dass nicht das Kriegs-, sondern das Friedenshandwerk das Beste ist, was unser Land der Welt geben kann. Red.

Vertane Chance nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Bruch des Armee-Tabus

Vor zehn Jahren sind zwei Ereignisse zusammengefallen, die politisch und symbolisch zusammengehörten: der Fall der Berliner Mauer und der Bruch des helvetischen Armee-Tabus. Das *Neue Forum* und die *Gruppe für eine Schweiz ohne Armee*

(GSoA), die miteinander verbunden waren, erhofften sich vom gesellschaftlichen Aufbruch eine Demokratisierung und Zivilisierung der Weltinnenpolitik. Dass unsere Hoffnungen nicht unberechtigt waren, zeigt das Prestige, das damals eine OSZE genoss – ganz im Unterschied zur Nato.

Die historische Chance von 1989, die Welt in einem gerechteren und zivileren Sinne zu verrechtlichen, wurde vertan. Die

neue *Pax americana*, Bundesrat Ogi übersetzt das mit «Baustelle des Friedens», hat jede Chance vereitelt, die Welt ökologischer und sozialer zu machen. Dafür hat sie jede Gelegenheit gepackt, das *Militärische* und die *Nato* (wieder) aufzuwerten. Wie glaubwürdig der dabei geführte Menschenrechtsdiskurs ist, zeigt die höchst unterschiedliche Art, wie das serbische und das türkische Unrechtsregime mit Bomben oder Panzern beliefert wurden und noch werden. Es ist kein Zufall, dass die rotgrüne Nato-Regierung in der gleichen Woche rotes Licht gegen die Aufnahme von kurdischen Flüchtlingen und grünes Licht für den Waffenexport ans türkische Militär signalisiert hat.

Und dass in den gleichen Tagen der Bundesrat *bewaffnete Auslandeinsätze* mit der leichteren Abwehr von Flüchtlingen begründet hat. Wie wenig es bei der militärischen Öffnung unseres Landes um Solidarität geht, zeigen der Abbau der Entwicklungshilfe und die neoliberale Handelspolitik der Schweiz an der WTO-Konferenz. Ogis Sorge gilt nicht der Welt, schon gar nicht der Dritten Welt, sondern einer Schweizer Armee, der im Inland die Arbeit ausgegangen ist und die nun, um nicht ausgesteuert zu werden, verzweifelt eine Ersatz-Tätigkeit im Ausland sucht.

Von der Rütli-Falle in die Nato-Falle?

Für eine solidarische statt militärische Wende in der schweizerischen Aussenpolitik sind die beiden GSoA-Initiativen unentbehrliche Instrumente. Betraf die Initiative der 1980er Jahre wesentlich die schweizerische Innenpolitik, so betreffen die kürzlich eingereichten Initiativen mehr die Weltinnenpolitik. Diesmal geht es im Wesentlichen darum, zur militärlastigen Alternative: Nato oder Auns (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz) einen *dritten zivilen Weg* vorzuschlagen.

Für uns heisst Frieden nicht repressive Kontrolle von oben, sondern gesellschaftliche Entwicklung von unten. Ähnlich wie die Geistige Landesverteidigung, gegen die sich die erste GSoA-Initiative richtete,

die Schweiz illiberaler gemacht hat, bestärkt die heutige *Nato-Strategie* weltweit *autoritäre Lösungs-Muster*. Der russische Stalinozarismus, der in Tschetschenien grosses Leid anrichtet, ist in den letzten Monaten durch die Out-of-area-Doktrin und den Bombenkrieg über Serbien und Kosovo gestärkt worden. Der Neomilitarismus, der Zwilling des Neoliberalismus, könnte dem grossen Altliberalen Ralph Dahrendorf recht geben: «Das 21. Jahrhundert droht ein Jahrhundert des Autoritarismus zu werden.»

Neben dem Wechsel von der innen- zur aussenpolitischen Relevanz der GSoA-Initiativen gibt es noch einen weiteren Unterschied zu den 80er Jahren. Damals haben wir einen Prozess beschleunigt und verkörpert, der seit 1968 im Gange war. Heute geht es darum, eine Diskussion über etwas Neues, die *Militarisierung der Aussenpolitik*, in Gang zu setzen. Einfacher ist das nicht. Je verschlossener das politische Hauptportal zur Welt scheint, desto attraktiver wirkt das militärische Hintertürchen. Die Versuchung, sich durch eine Flucht in die Nato-Falle aus der Rütli-Falle zu befreien, ist selbst unter Linken sehr gross. Die jüngsten Wahlen vergrössern die Gefahr, dass sich die politische Kultur unseres Landes pawlowisiert. Die einen quittieren ein Blochersches Nein-Wort bedenkenlos mit Nein. Und die anderen antworten ebenso prompt mit Ja.

Wir GSoAtinnen und GSoAten sind keine pawlowschen Zweibeiner. Wir ersetzen die Reflexion nicht durch Reflexe. Wir lassen uns von keiner Auns davon abbringen, zur Militarisierung der schweizerischen Aussenpolitik Nein zu sagen. Wir lassen uns nicht einreden, es gäbe bloss die Wahl zwischen Blocher von der Zürcher und Ogi von der Berner SVP. Unsere Alternative lautet: Solidarität statt Soldaten! Einer Welt, die für das militärische Konfliktmanagement 60mal mehr ausgibt als für zivile Konfliktbearbeitung, soll ein Land, das seit 151 Jahren keinen Krieg mehr erleiden musste, sein Bestes geben. Und das ist nicht das Kriegs-, sondern das *Friedenshandwerk*.